

Zebrastreifen-Debatte ein Dilemma

Von Sabine Robrecht

HÖXTER (WB). Zebrastreifen ja oder nein? CDU-Fraktionsvorsitzender Günther Ludwig hat in der jüngsten Ratsitzung mit nur einem Wort auf den Punkt gebracht, was die immer wieder neu ange-stoßene Abwägung dieser Frage für den Einmündungs-bereich der neugestalteten Nicolaistraße in die Grube-straße und die Corbiestraße ist: ein Dilemma.

Ausführlich diskutiert worden ist das Thema am 1. Dezember im Ortsausschuss. Einstimmig bei zwei Enthaltungen forderte das Gremium drei Zebrastreifen mit Nullabsenkung in der Grube-straße, der Corbiestraße und auch in der Nicolaistraße selbst. Jetzt bekam der Rat zwei Anträge mit anderen Lösungsansätzen von der SPD und den Grünen auf den Tisch. Kann das Stadtparlament trotz vorliegenden Ortsausschuss-Beschlusses die Sache an sich ziehen? „Bei Angelegenheiten, bei denen Interessen der Gesamtstadt berührt sind, entscheiden die Fachausschüsse oder der Rat“, heißt es in der Rahmenrichtlinie für die Aufgabenbereiche der Ortsausschüsse.

Heiseke empfiehlt Ortsbegehung

Ob dieses Gesamtstadt-Interesse beim Thema Fußgängerüberwege im Bereich Nicolaistraße gegeben ist, war im Rat die Frage. UWG-Fraktionsvorsitzender Georg Heiseke sah das Rückholrecht des Rates nicht als gegeben an. Um es neu aufzugreifen, müsse man einen Antrag an den Ortsausschuss stellen. Die Empfehlung, in dem Zusammenhang eine zeitnahe Ortsbegehung vorzunehmen, griff Bürgermeister Daniel Hartmann auf: „Das werden wir von uns aus organisieren“, kündigte er an.

BfH-Fraktionschef Ralf Dohmann verwies auf die ausführliche Erörterung im Ortsausschuss, dem er vorsitzt. Das Gremium habe in der Dezember-Sitzung fundiert und auf seine Einladung hin mit Markus Tewes von der Polizei diskutiert.

Die Unfallhäufungsstelle an der Corbiestraße sei bekannt. Als Linksabbieger aus der Nicolaistraße sehe man Fußgänger dort im Halbdunkeln oft schlecht. „Wir stehen



Der Einmündungsbereich Nicolaistraße/Grubestraße/Corbiestraße, aufgenommen von der Grubestraße aus. Dort hat es vor dem Umbau der Nicolaistraße eine Querungshilfe für Fußgänger gegeben. Das Foto entstand kurz vor der Freigabe der umgestalteten Nicolaistraße. Foto: Sabine Robrecht

in der Verantwortung für unsere Bürger, Gefahrenpunkte zu entschärfen.“

Ein Teil des Beschlusses, die Nullabsenkungen, seien bereits umgesetzt, stellte Dohmann fest. Jetzt werde nur noch kommuniziert, dass die Nachrüstung der Fußgängerüberwege mit Kosten verbunden sei. Außerdem hätten Vertreter von SPD und Grünen, die nun im Rat andere Anträge gestellt haben, im Ortsausschuss für die Zebrastreifen votiert. Das alles lasse die Wertschätzung des Ausschusses vermissen.

Probelauf mit 20 km/h Höchstgeschwindigkeit

Den SPD-Antrag erläuterte Fraktionsvorsitzender Günther Wittmann. Ihm gehe es nicht um eine Rückholung in den Rat, sondern um eine sachliche Beleuchtung des Themas. Die Sozialdemokraten plädieren dafür, die Einrichtung der Fußgängerüberwege unter den Vorbehalt der Freigabe durch den Rat zu stellen, zunächst eventuelle Kosten zu ermitteln, die Planungen ein Jahr zurückzustellen und in der Zwischenzeit als Probelauf die Höchstgeschwindigkeit auf 20 km/h zu reglementieren.

Was die Unfallhäufung und die Haltung der Polizei betrifft, so gehe aus Sitzungsprotokollen hervor, dass die Polizei nicht konkret Zebrastreifen fordere, sondern allgemein Maßnahmen, die die Unfallgefahren reduzieren. Das sei, so Günter Wittmann, durch die Verengung der Fahrbahn in der Nicolaistraße zum Teil schon erreicht worden. Daher sei es verantwortlich, zunächst mit 20 km/h Höchsttempo und Hinweisschildern zu arbeiten.

Verkehrsberuhigte Zone mit Schritttempo

Der Antrag fand im Rat keine Mehrheit. Das gilt auch für die Initiative der Grünen, in dem Kreuzungsbereich eine verkehrsberuhigte Zone mit Schrittgeschwindigkeit (fünf km/h) einzurichten und dadurch auf die Zebrastreifen verzichten zu können. Dass eine der beiden Maßnahmen – Spielstraße oder Zebrastreifen – notwendig seien, hob Volker Bertram von den Grünen deutlich hervor. Einwände der Verwaltung gegen die Spielstraße teilte er nicht. In Warburg seien ausgedehnte Teile der Innenstadt, darunter auch Straßen mit Er-schließungsfunktion, ver-

kehrsberuhigt. „Wir sind alle dafür, die Sicherheit an dem Knotenpunkt zu erhöhen.“ Der neue Antrag sei insofern eine Verbesserungsidee gegenüber der Zebrastreifen-Lösung.

Unfälle mit Fußgängern

Martin Hillebrand (FDP) richtete das Augenmerk in der Ratsdebatte auf die Einordnung der Stelle als Unfallschwerpunkt. Fünf Unfälle mit Verletzten, davon drei mit Fußgängerbeteiligung und diese alle in der Corbiestraße, hatten die Polizei veranlasst, sich mit dem Bereich zu befassen. Hillebrand fragte nun, ob die Polizei aufgrund der alten Verkehrssituation oder auch jetzt nach der Umgestaltung der Nicolaistraße Maßnahmen für nötig erachte.

Diese Frage veranlasst Günther Ludwig zu seiner Einschätzung, dass die Situation ein Dilemma sei. Gelte es, die hohen Unfallzahlen für eine Entscheidung zugrundezulegen oder ergebe sich durch den Umbau der Nicolaistraße eine andere Situation? Er erwarte von der Verwaltung eine klare Stellungnahme, forderte der CDU-Fraktionschef. Schon allein wegen der

Unklarheiten könne er den Antrag der SPD nur ablehnen, sagte Ludwig, als der Lösungsvorschlag der Sozialdemokraten ins Gespräch kam.

Keine Einmütigkeit in Unfallkommission

Ordnungsdezernent Stefan Fellmann erläuterte, dass die Unfallkommission – bestehend aus der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde und der Stadt – wegen der Unfallhäufung getagt habe. Das war vor dem Umbau. Polizei und Straßenverkehrsbehörde hatten die Meinung vertreten, dass Fußgängerüberwege geschaffen werden müssten. Die Stadt sei anderer Ansicht. Baudezernentin Claudia Koch hatte auch im Ortsausschuss argumentiert, dass die straßenräumliche Neugestaltung Autofahrer so deutlich bremse, dass die Fußgänger sicher seien.

Ein Votum der Unfallkommission müsse einmütig sein, erläuterte Stefan Fellmann. Daher leite sich nach deren nicht einstimmigem Beschluss zunächst kein Handlungsauftrag ab.

Das Ortsausschuss-Votum setzt um, was Polizei und Straßenverkehrsbehörde für sinnvoll erachten.